

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung

Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)

																				08.11.2017	
Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbark eit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Kennzahlen			Personaleinsatz				Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen	
												Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)			
Allgemein	Neustrukturierung der Dezernate	1	1,00		_1_		ja	Dezernentenstelle Dez. 1 wird eingespart	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016; im Haushalt 2017/2018 bereits eingespart.	2	Steuerung und Leitung des Kreises	keine Kennzahl	7,67-19,85	12,32	13,82	19,29	5,47	2 Dezernentenstellen wurden inzwischen abgebaut.			
Allgemein	Neustrukturierung der Dezernate	1	1,00		_1_		ja	Dezernentenstelle Dez. 3 wird eingespart	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016; im Haushalt 2017/2018 bereits eingespart.												
01-1	Bestimmung der personellen Ressourcen für WF und Tourismus auf Basis eines politisch abgestimmten Ziel- und Prioritätensystems	1-2	3		3,6 (siehe Anmerk.)		ja	Die Handlungsempfehlung wurde umgesetzt.	Von dem aufge- zeigten Einspar- potenzial wurden bereits 1,6 Stellen eingespart bzw. zur Bedarfsdeckung in andere Fachbe- reiche verlagert. Zwei weitere Stellen werden im Fach- bereich mittelfristig noch eingespart; diese sind zur Bedarfsdeckung in anderen Fachbe- reichen vorgesehen.	129	Wirtschafts- förderung	keine Kennzahl	0,8-11,32	4,74	6,22	9,16	2,94	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesen Aufgabenblöcken weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So haben im AB 129 20 von 31 Kreisen Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert und bei insgesamt 18 Kreisen werden die Aufgaben durch eine Ausgliederung (AöR, GmbH) wahrgenommen. Beim RSK erfolgt die Aufgabenwahrnehmung im AB 129 ausschließlich und im AB 130 überwiegend mit eigenem Personal (Auslagerung Vermarktung und Vertrieb des touristischen Angebotes in die Tourismus & Congress GmbH). Ferner werden Aufgaben für Dritte wahrgenommen (insbesondere die kreisangehörigen Kommunen). Dies führt beim RSK in diesem AB insgesamt zu einem höheren Personaleinsatz als bei anderen Kreisen. Die Ergebnisse des Personalvergleiches decken sich mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsberatung aufgezeigten Personaleinsparpotenzialen. Die Abweichung des RSK vom Mittelwert der großen Kreise beträgt +4 VZÄ; 3,6 VZÄ wurden bereits eingespart bzw. in andere Fachbereiche verlagert. Ferner wurde inzwischen ein weiterer Anteil von 0,34 VZÄ aufgrund Wegfall des einheitlichen Ansprechpartners bei den Kreisen abgebaut, so dass sich der Personaleinsatz derzeit in etwa deckungsgleich mit dem Mittelwert darstellt.			
01-2	Tourismusförderung - Überprüfung der Standards bei den Infrastrukturprojekten	1-2					nein	Die Handlungsempfehlung kann nicht umgesetzt werden.													
01-3	Reduzierung des Betriebskostenzuschusses/ ggfls. Ausstieg aus der Tourismus und Congress GmbH	1		100.000			nein	Die Beteiligung an der Tourismus und Congress GmbH wurde bereits im AK Konsolidierung behandelt. Dort wurde entschieden, dass die Beteiligung unverändert bestehen bleiben soll. Aus diesem Grund kann die genannte Empfehlung nicht umgesetzt werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016												
01-4	Verschmelzung mit dem Amt f. Kreisentwicklung und Mobilität - 61-	2		25.000			ja	Die Handlungsempfehlung wurde bereits umgesetzt.													

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
----------------------	----------------	--	--	---	---	--	-----------------------------	--------------------------------	-----------

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen

02/05-1	Verzicht auf die Erstellung eines täglichen Pressespiegels	1	0,25				spätere Prüfung	Die Entscheidung sollte bis zu den Haushaltsplanungen 2019/2020 verlagert werden, da Ende 2018 der Wartungsvertrag für den Pressespiegel ausläuft.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	3	Kommunikation des Landkreises	0,13-0,63	0,32	0,46	1,0-9,1	3,76	5,21	6,90	1,69	Die Kennzahl (Vollzeit-Stellen je 100 Pressevorgänge) liegt beim RSK über dem Mittelwert; die Gründe hierfür sind noch zu analysieren. Die GPA hat im Rahmen ihrer Organisationsberatung nur geringfügige Personaleinsparpotenziale aufgezeigt.
02/05-2	Reduzierung der Pressearbeit auf die reaktive Pressearbeit	1					nein	Aus fachlicher Sicht würde die Umsetzung der Empfehlung zu einer fachlichen Verschlechterung führen, ohne dass sich generierbare Einsparpotenziale ergäben; daher erfolgt keine Umsetzung der Handlungsempfehlung.												
02/05-3	Personalamt stellt zukünftig die Stellenausschreibungen in die Stellenportale ein	1					ja	Die Handlungsempfehlung wurde umgesetzt. Das Stellenportal Bund.de wird vom Personalamt bedient.												
02/05-4	Organisatorische Zusammenfassung der Stabsstellen 02 und 05	1	0,05		_0,05_		ja	Die organisatorische Zusammenfassung der Stabsstellen 02 und 05 wurde bereits zum 01.05.2016 umgesetzt.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016											
02/05-5	Verzicht oder ggf. zeitliche Straffung beim Aufbau der Bild-Datenbank	1					nein	Der Aufbau einer Bild-Datenbank wird weiter verfolgt.												
02/05-6	Verzicht auf die Mitarbeiterzeitung bzw. Aufwandreduzierung durch Verringerung der Erscheinungsanzahl	1					teilweise	Die Mitarbeiterzeitung wird weiter wie bisher erscheinen und der Abbau der Druckexemplare wird weiter vorangetrieben; darüber hinaus wird die Handlungsempfehlung nicht umgesetzt.												
02/05-7	enge Abstimmung mit den zentralen Diensten (Aufbau Call-Center) beim Projekt Internet-Relaunch						ja	Die Handlungsmöglichkeit 02/05-7 ist aus organisatorischer Sicht sinnvoll und wird inhaltlich im Zuge des Internet-Relaunch sowie der Weiterentwicklung der derzeitigen Telefonzentrale zu einem Telefonservice-Center berücksichtigt.												
02/05-8	Einsparung der dezentralen Redakteur-Stellenanteile bei Einrichten zentraler Internet-Redaktion	1					wird geprüft	Die Neugestaltung der Redaktionsstrukturen erfolgt im Zuge des laufenden Internet-Relaunch-Prozesses.												
02/05-9	Reduzierung des Aufwandes für Veranstaltungen, Empfänge, Ausstellungen, Besucherg.	1					nein	Die Aufwendungen für Empfänge und Verabschiedungen wurden bereits im AK Konsolidierung behandelt und von dort als eine Aufgabe eingestuft, die unverändert fortgeführt werden sollte.												
02/05-10	Optimierung des Veranstaltungsmanagements	1					ja	Die Handlungsmöglichkeit 02/05-10 ist aus organisatorischer Sicht sinnvoll und wird weiter verfolgt.												
02/05-11	Verzicht auf Social Media (Facebook und Twitter)	1					nein	Die Handlungsmöglichkeit 02/05-11 wird nicht umgesetzt.												
02/05-12	Reduzierung von Broschüren und Verfahren der Veröffentlichung optimieren						nein	Die Handlungsempfehlung wird nicht umgesetzt.												
06-01	Reduzierung Personal durch teilweise Verlagerung bzw. Dezentralisierung der Aufgabenwahrnehmung in die Fachbereiche	2	1			1 (siehe Anmerkung)	ja	Die Handlungsempfehlung wurde insofern zum 01.01.2017 umgesetzt, als dass die Stelle bei der Statistik eingespart wurde, diese aber im Rahmen der Zusammenlegung des Referates 01 mit dem Amt 61 umgewandelt wurde.	Der Stelleninhaber ist in die Organisationseinheit 01 umgesetzt worden; die Stelle ist mit verlagert worden!	50	Statistik	keine Kennzahl	0-2,00	0,56	0,82	2,00	1,18	Es wurde bereits eine Stelle in die Organisationseinheit 01 verlagert. Somit liegt nur noch eine geringfügige Abweichung vom Mittelwert vor.		

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung

Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)

										08.11.2017										
Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzung 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungsempfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personaleinsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
11-1	Bündelung der Bezüge- u. Entgeltabrechnungen (RSK für andere Kommunen, externe Vergabe)	1					wird geprüft	Das Angebot der interkommunalen Zusammenarbeit wurde von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden nicht in Anspruch genommen. Sofern seitens einzelner Kommunen der Wunsch zur Zusammenarbeit an den Rhein-Sieg-Kreis herangetragen wird, ist der Rhein-Sieg-Kreis gerne bereit, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen. Es erfolgt eine vertiefte Prüfung der Möglichkeit einer externen Vergabe der Bezüge- und Entgeltabrechnung.		13	Personalmanagement	0,57-1,51	1,05	1,11	5,95-36,94	15,07	17,15	18,98	1,83	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 30 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr, 20 von 31 Kreisen haben Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert. Der RSK hat die Aufgaben des Betriebsarztes delegiert, nimmt aber für Dritte die Beihilfesachbearbeitung und die Buchhaltung wahr. Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB "Personalmanagements" zu groß, um aussagekräftige Rückschlüsse zuzulassen.
11-2	Externe Vergabe Kindergeldsachbearbeitung	1		5.000 €			nein	Die Empfehlung der GPA sollte nicht umgesetzt werden, da die Kosten einer externen Vergabe die Kosten der Aufgabenerledigung durch eigenes Personal übersteigen würden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016											
11-3	Externe Vergabe Beihilfesachbearbeitung erneut prüfen	3		20.000-100.000€			wird geprüft	Eine externe Vergabe der Beihilfesachbearbeitung wird nach Erstellung des Wirtschaftlichkeitsvergleiches geprüft.												
11-4	Bearbeitungsstandards Gehaltsbuchhaltung reduzieren	1	0,89				ja	Die durch die Standardreduzierung entstehenden freien Personalkapazitäten werden durch die Übernahme der Abrechnung Fleischbeschau (derzeit durch Amt 39 wahrgenommen) kompensiert. Die dabei bei Amt 39 frei werdenden Personalkapazitäten werden genutzt, um neue gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben abzudecken, die einen Mehrpersonaleinsatz erforderlich gemacht hätten.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016											
11-5	Kalkulation und Umlage eines kostendeckenden Fallpreises	1					wird geprüft	Die Verwaltung überprüft derzeit sämtliche Vereinbarungen mit Dritten im Hinblick darauf, ob und inwieweit zukünftig eine Anpassung bzw. Vereinheitlichung der Abrechnungsbasis erfolgen sollte.												
11-6	Aufgabenzuweisung für neu aufgestellte Telefonzentrale	2					ja	In einem ersten Schritt sollen einfache Auskünfte für das Straßenverkehrsamt von den Mitarbeiter/-innen der Telefonzentrale übernommen werden. Basierend auf diesen Erkenntnissen wird ein Konzept für den weiteren Ausbau des zentralen Telefonservices erarbeitet werden.		9	Sonstige zentrale Serviceleistungen	1,6-8,08	3,43	3,26	4,54-24,29	11,12	15,89	19,12	3,23	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 15 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr, 6 von 31 Kreisen hingegen haben Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert. Der RSK hat in diesem AB weder Aufgaben an Dritte vergeben noch nimmt er Aufgaben für Dritte wahr. Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB "Sonstige zentrale Serviceleistungen" zu groß, um aussagekräftige Rückschlüsse zuzulassen. Die Ergebnisse des Personalvergleiches decken sich mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsberatung aufgezeigten Personaleinsparpotenzialen. Mittel- bzw. langfristig können voraussichtlich 2 Stellen im Bereich der Poststelle eingespart werden, so dass die Abweichung vom Mittelwert großer Kreise geringer werden wird.
11-7	Verzicht auf Fahrdienst für stellv. Landräte	1					politisch zu beraten	Die Klärung der Frage, ob und inwieweit dieser Handlungsmöglichkeit gefolgt werden sollte, bedarf einer politischen Beratung.		11	Fuhrparkmanagement	keine Kennzahl			0,15-4,01	1,99	2,38	4,01	1,63	Die GPA hat keine Kennzahl gebildet. In diesem AB werden zum Fuhrparkmanagement nur die Aufgaben erfasst, die zentral verwaltet werden. Der RSK ist bei 31 insgesamt befragten Kreisen einer von 7 Kreisen, bei denen die Dienstfahrzeuge zentral vorgehalten und verwaltet werden. In 24 Kreisen werden somit in anderen Organisationseinheiten die Dienstfahrzeuge dezentral bewirtschaftet, was dementsprechend zu einem geringeren Personaleinsatz bei der zentralen Verwaltung führt. Insofern lässt der Personaleinsatz nur sehr bedingte Rückschlüsse zu, da er auf sehr unterschiedlichen Gegebenheiten basiert. Grundsätzlich decken sich die Ergebnisse des Personalvergleichs mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsberatung aufgezeigten Personaleinsparpotenzialen. Die Entscheidung, ob der Fahrdienst für stellv. Landräte aufrecht erhalten bleibt, obliegt jedoch einer politischen Entscheidung.
11-8	Elektronische Abbildung der internen Vergabe-Workflows	2					nein	Zum derzeitigen Zeitpunkt wird die Handlungsempfehlung der GPA nicht umgesetzt, da hierdurch keine wesentlichen Verbesserungen/Einsparungen erzielt werden können.		8	Zentrale Vergabe	0,01-0,53	0,17	0,06	0,05-6,07	2,3	2,51	6,07	3,56	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 15 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr. Der RSK nimmt ebenfalls Aufgaben für Dritte wahr (Jobcenter, civitec). Die von der GPA ermittelte Kennzahl für den Rhein-Sieg-Kreis liegt deutlich unter dem Mittelwert. Gleichzeitig weist der Personalvergleich eine Abweichung vom Mittelwert um 3,56 VZÄ aus. Hieraus wird ersichtlich, dass ohne weitere Informationen über die organisatorischen Gegebenheiten und die tatsächlichen Prozesse kein aussagekräftiger Rückschluss gezogen werden kann. Für die Handlungsempfehlungen der GPA bieten die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung an dieser Stelle keine weiteren Erkenntnisse.
11-9	Aufgabenbündelung u. Aufbau einer interkommunalen Zusammenarbeit für die ZVS	2					nein	Mangels Interesse der Kommunen an einer interkommunalen Zusammenarbeit in diesem Bereich wird von weiteren diesbezüglichen Maßnahmen abgesehen. Grundsätzlich besteht das Angebot zur interkommunalen Zusammenarbeit selbstverständlich weiterhin. Sofern seitens einzelner Kommunen der Wunsch zur Zusammenarbeit an den Rhein-Sieg-Kreis herangetragen wird, ist der Rhein-Sieg-Kreis gerne bereit, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen.												

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)											08.11.2017	
Handlungs- möglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbar- keit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Kennzahlen			Personaleinsatz				Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen		
												Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)				
11-10	Schließung der Nebenstelle Rheinbach	1					politisch zu beraten	Die Umsetzung dieser Handlungsmöglichkeit bedarf einer politischen Beratung.		9	Sonstige zentrale Serviceleistungen	1,6-8,08	3,43	3,26	4,54-24,29	11,12	15,89	19,12	3,23	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 15 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr, 6 von 31 Kreisen hingegen haben Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert. Der RSK hat in diesem AB weder Aufgaben an Dritte vergeben noch nimmt er Aufgaben für Dritte wahr. Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB "Sonstige zentrale Serviceleistungen" zu groß, um aussagekräftige Rückschlüsse zuzulassen. Die Ergebnisse des Personalvergleiches decken sich mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsberatung aufgezeigten Personaleinsparpotenzialen. Mittel- bzw. langfristig können voraussichtlich 2 Stellen im Bereich der Poststelle eingespart werden, so dass die Abweichung vom Mittelwert großer Kreise geringer werden wird.		
11-11	Externe Vergabe der Druckereileistungen	2					nein	Auf der Grundlage der Festlegungen des AK Konsolidierung werden auch zukünftig Druckereileistungen durch die hauseigene Druckerei erbracht. Im Rahmen der Konzeptionierung der anstehenden Ausschreibung für neue Produktionsdruckmaschinen werden mögliche Kosteneinsparungen eruiert. Die Handlungsempfehlung wird nicht umgesetzt.		12	Druckerei	keine Kennzahl			0,7-4,05	2,35	2,57	2,25	-0,32	Die GPA hat keine Kennzahl gebildet. Der Personaleinsatz beim RSK liegt unter dem Mittelwert der großen Städte. Zwischenzeitlich wurde eine weitere Vollzeit-Stelle eingespart.		
11-12	Leistungen der Druckerei optimieren	1	1,00		_1_		ja	Im Stellenplan 2017 wird eine Vollzeit-Stelle im Bereich der Druckerei wegfallen.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016; im Haushalt 2017/2018 bereits eingespart.													
11-13	Optimierung beim Postversand	2-3	2,00		_2_		ja, mittel- bis langfristig	Die Empfehlung der GPA ist nicht kurzfristig umsetzbar. Mittel- bzw. langfristig können aber zwei Stellen im Bereich der Poststelle eingespart werden, sobald sich die personellen Möglichkeiten hierzu ergeben (Ausscheiden, Umsetzung, etc.).	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	9	Sonstige zentrale Serviceleistungen	1,6-8,08	3,43	3,26	4,54-24,29	11,12	15,89	19,12	3,23	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 15 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr, 6 von 31 Kreisen hingegen haben Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert. Der RSK hat in diesem AB weder Aufgaben an Dritte vergeben noch nimmt er Aufgaben für Dritte wahr. Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB "Sonstige zentrale Serviceleistungen" zu groß, um aussagekräftige Rückschlüsse zuzulassen. Die Ergebnisse des Personalvergleiches decken sich mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsberatung aufgezeigten Personaleinsparpotenzialen. Mittel- bzw. langfristig können voraussichtlich 2 Stellen im Bereich der Poststelle eingespart werden, so dass die Abweichung vom Mittelwert großer Kreise geringer werden wird.		

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
----------------------	----------------	--	--	--	---	---	-----------------------------	--------------------------------	-----------

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungsempfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personaleinsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen

14-1	Verzicht auf Rechnungsprüfung für Stadt Troisdorf	2				nein	Die Verwaltung wird die übertragenen Rechnungsprüfungen wie bisher fortführen.		6	Örtliche Prüfung der Haushalts- und Finanzwirtschaft des Kreises	keine Kennzahl	3,5-6,95	5,32	6,45	6,36	-0,09	Die GPA hat keine Kennzahl gebildet. Im AB 6 liegt deckt sich der Personaleinsatz in etwa mit dem Mittelwert der großen Kreise. Im AB 7 nimmt der RSK Prüftätigkeiten für Kommunen wahr; er erzielt hierdurch Erträge von 383.000 Euro.
14-2	Neuausrichtung der Rechnungsprüfung	2				ja	Die Handlungsempfehlung der GPA wird bereits praktiziert.										
14-3	stärkere Projektierung der Prüfungen	1				nein	Die Handlungsempfehlung wird zunächst nicht umgesetzt.										
14-4	Reduzierung Prüfstandards	1				nein	Die Handlungsempfehlung kann nicht umgesetzt werden.										
14-5	Desk Sharing Arbeitsplätze	1				nein	Die Handlungsempfehlung kann zurzeit nicht umgesetzt werden. Bei der Einführung der elektronischen Akte beim Rhein-Sieg-Kreis wird das Thema „Desk Sharing“ nochmals mit betrachtet/berücksichtigt.										
14-6	Erweiterung übertragene Prüfungen; Stärkung kommunale Zusammenarbeit	1				nein	Mit dem vorhandenen Personal kann eine Ausweitung der übertragenen Prüfungen nur zu Lasten der eigenen Prüfungen (gesetzliche Aufgabe) erfolgen. Die Empfehlung wird nicht umgesetzt.										
17-1	Reduzierung Öffnungszeiten Bibliothek	1				nein	Der Handlungsvorschlag wird nicht umgesetzt.		71	Büchereien	keine Kennzahl	1,17-3,25	2,21	1,22	1,17	-0,05	Der Personaleinsatz des RSK bewegt sich bei Aufgabenblock 71 im Bereich des Mittelwertes der großen Landkreise. Allerdings haben lediglich 5 von 31 Landkreisen Angaben zu diesem Aufgabenblock getätigt- dies deutet auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. Es ist daher davon auszugehen, dass nur wenige Kreise eine solche Einrichtung besitzen.
17-2	Schließung der wissenschaftlichen Bibliothek	2	1		(siehe Anmerk.)	politisch zu beraten	Die Frage des Fortbestandes der wissenschaftlichen Bibliothek sollte im Rahmen entsprechender politischer Beratungen erörtert werden.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden									
17-3	Dezentralisierung Budgetverantwortlichkeit	1				nein	Der Handlungsempfehlung wird nicht gefolgt.										
17-4	Umfang der freiwilligen Leistungen überprüfen, Ehrenamt weiter ausbauen (Gedenkstätte Landjuden an der Sieg)	1				wird geprüft; politisch zu beraten	Basierend auf der Grundlage einer Fortführung der Gedenkstätte, wird die Verwaltung dem Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für Kultur und Sport im Juni 2017 Handlungsoptionen für die Sanierung korrespondierend mit einer neuen Ausstellungskonzeption aufzeigen und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten.		68	Heimat- und sonstige Kulturpflege	keine Kennzahl	0,05-6,50	2,34	3,03	4,62	1,59	Die Aufgabe Gedenkstätte Landjuden an der Sieg stellt nur einen Teilausschnitt des im Aufgabenblock 68 dargestellten Personaleinsatzes dar. Sie ist mit rund 1,1 VzÄ Personal in die überörtliche Prüfung eingeflossen und könnte somit ein Grund für die Abweichung vom Mittelwert im AB 68 sein. Konkrete Rückschlüsse auf den Personaleinsatz in der Gedenkstätte können aus der überörtlichen Prüfung heraus nicht gezogen werden. Die Bandbreite des Personaleinsatzes in AB 68 spricht für erhebliche organisatorische Unterschiede zwischen den einzelnen Landkreisen im kulturellen Bereich. Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 28.06.2017 einstimmig beschlossen, zur erforderlichen baulichen Sanierung der Gedenkstätte 180.000€ in 2018 überplanmäßig bereit zu stellen. Desweiteren wird eine Neukonzeptionierung und -gestaltung der Gedenkstätte vorbereitet. Hierzu soll ein Fachbüro entsprechend beauftragt werden.

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
20-1	Optimierung Auszahlungsprozess	2	0,15		(siehe Anmerk.)		teilweise	Nach flächendeckender Einführung des elektronischen Eingangsrechnungsworkflows wird auf den Kontrollabgleich der Rechnungsdaten und SAP-Eingaben durch die Zahlungsabwicklung weitestgehend verzichtet und die Empfehlung der GPA somit in weiten Teilen umgesetzt. Inwieweit es aus fachlicher Sicht für erforderlich gehalten wird, bei größeren Zahlungsbeträgen weiterhin diese Kontrollinstanz beizubehalten, wird aufgrund der Erkenntnisse des derzeit laufenden Einführungsprozesses entschieden.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden
20-2	Erhöhung der automatisiert verarbeiteten Einzahlungen	2	0,3		(siehe Anmerk.)		soweit wie möglich	Die aufgezeigte Handlungsmöglichkeit soll soweit wie möglich umgesetzt werden. Verschiedene Maßnahmen wurden bereits in die Wege geleitet. Der Erfolg dieser Maßnahmen kann jedoch nicht allein durch das Amt für Finanzwesen beeinflusst werden, da die maßgeblichen Faktoren außerhalb dessen Einflussmöglichkeiten liegen.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden
20-3	Auflösung Postgirokonto	1					nein	Das Postgirokonto wird nicht aufgelöst, da der damit verbundene Verwaltungsaufwand die angestrebte Reduzierung des Arbeitsaufwandes in der Zahlungsabwicklung bei weitem übersteigen würde. Auch sollen die Vorteile der Freibeträge auf diesem Konto ausgeschöpft werden, um die zu entrichtenden Verwahrtgelte zu minimieren.	
20-4	Umstrukturierung der Aufgabenzuständigkeit in Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	1					ja	Bezüglich der Handlungsmöglichkeit, zukünftig eine stärkere Trennung zwischen Zahlungsabwicklung und Vollstreckung herbeizuführen, wird der Empfehlung im Rahmen von Personalveränderungen bereits gefolgt. Die Umstrukturierung auf eine stärkere schuldenbezogene Organisation wurde in kleinerem Umfang bereits durchgeführt. Ob eine flächendeckende Umstellung vorteilhaft ist, soll im Rahmen eines Organisationsvergleiches mit anderen Kreisen erörtert werden.	
20-5	Verzicht auf eigenen Vollstreckung	2	2		(siehe Anmerkungen)		teilweise	Der Empfehlung der GPA wird in dieser Form nicht nachgekommen. Gleichwohl wird auf eine Optimierung des Außendienstes innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises in Form einer Zusammenarbeit der Außendienste des Rhein-Sieg-Kreises mit der Kreisverwaltung hingearbeitet.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden
20-6	Kommunale Zusammenarbeit in der Vollstreckung -insbes. zu Spezialthemen-	1					nein	Diese Handlungsmöglichkeit wird derzeit nicht weiterverfolgt werden. Bei der Kreiskasse sind weder die erforderlichen personellen Kapazitäten noch das notwendige fachliche Spezialwissen für Forderungsarten der Städte und Gemeinden vorhanden.	
20-7	Personaleinsatz in der Vollstreckung reduzieren	2	6		(siehe Anmerk.)		wird geprüft	Um eine fundierte Aussage zu dieser Handlungsempfehlung treffen zu können, wird Kontakt zu den Kreisen, die den Benchmark vorgeben, aufgenommen. Im Rahmen eines Organisationsvergleiches soll ein Optimierungspotenzial bestimmt werden. Mögliche Einsparpotenziale sollen im Stellenplan mit kw-Vermerken realisiert werden, so dass auf anstehende Nachbesetzungen in den nächsten Jahren ggfls. verzichtet würde.	Ob und inwieweit sich hier tatsächlich Stelleneinsparpotenziale ergeben, bleibt einer genaueren Prüfung vorbehalten.
20-8	Forderungsmanagement für Zahlungsabwicklung und Vollstreckung aufbauen	1					teilweise	Die Empfehlung zur Zentralisierung von Niederschlagungen, Erlassen und Stundungen sowie Mahnsperren wird bereits weitestgehend umgesetzt. Inwieweit die Auflösung der dezentralen Zuständigkeiten im Jugendamt möglich und sinnvoll ist, wird im Detail mit den beteiligten Fachbereichen geprüft.	

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
18	Zahlungs- abwicklung	1,33-6,81	3,24	2,23	2,77-10,81	5,79	6,57	6,17	-0,4	Die Kennzahl des Aufgabenblocks 18 (Vollzeit-Stellen je 100.000 Einzahlungen) liegt beim RSK um 1 VZÄ unter dem Mittelwert. Die Handlungsempfehlungen der GPA weisen weitere Optimierungspotentiale aus, die seitens der Verwaltung weitestmöglich umgesetzt werden (Optimierung Auszahlungsprozess, Erhöhung der autoatisiert verarbeiteten Einzahlungen). Die recht große Bandbreite des Personaleinsatzes in Aufgabenblock 19 weist auf organisatorische Unterschiede hin. 12 von 31 Kreisen haben Aufgaben aus diesem Aufgabenblock an Dritte vergeben, 12 von 31 Kreisen nehmen Aufgaben für Dritte wahr. Auch der Rhein-Sieg-Kreis nimmt Aufgaben für Dritte wahr. Die Kennzahl des Rhein-Sieg-Kreises weicht im Bereich der Vollstreckung um 0,24 VZÄ/je abgewickelte 1.000 Vollstreckungsforderungen vom Mittelwert ab. Die Abweichung des RSK vom Mittelwert großer Kreise um 8,4 muss intensiv hinterfragt werden. Insgesamt deuten auch die Zahlen der überörtlichen Prüfung darauf hin, dass eruiert werden muss, wie im Bereich der Vollstreckung Optimierungspotentiale erzielt werden können.
18	Zahlungs- abwicklung	1,33-6,81	3,24	2,23	2,77-10,81	5,79	6,57	6,17	-0,40	
19	Vollstreckung	0,44-1,02	0,78	1,02	4,2-18,05	9,54	9,65	18,05	8,40	
19	Vollstreckung	0,44-1,02	0,78	1,02	4,2-18,05	9,54	9,65	18,05	8,4	

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)										
										08.11.2017										
Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungsempfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personaleinsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
22-8	Optimierung des Personaleinsatzes in der Technikzentrale	2	1		(siehe Anmerk.)		wird geprüft	Die Prüfung von Möglichkeiten zur Optimierung des Personaleinsatzes in der Technikzentrale wird ein Bestandteil der geplanten Organisationsuntersuchung sein. Nach Abschluss der vertiefenden Untersuchung werden die Ergebnisse in den maßgeblichen politischen Gremien vorgestellt.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden	23	Kaufmännisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement, Grundstücksverwaltung und -verkehr, Vertragswesen, Versicherungen, Ver- und Entsorgung	1,15-8,29	3,4	4,21	0,88-11,53	5,23	7,71	7,97	0,26	Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB zu groß, um dezidierte Rückschlüsse für die einzelnen Handlungsempfehlungen zuzulassen. Die Handlungsempfehlungen werden im Rahmen der anstehenden externen Organisationsuntersuchung Berücksichtigung finden. Die Kennzahl für das technische Gebäudemanagement liegt oberhalb des Mittelwertes von 5,4. Ausgehend vom Mittelwert der großen Kreise unterschreitet der Rhein-Sieg-Kreis den Mittelwert um -0,74. Neben der Bruttogebäudefläche ist ein wesentlicher Indikator für den benötigten Personaleinsatz das Investitions-/Bauunterhaltungsvolumen. Hier liegt der Rhein-Sieg-Kreis deutlich über dem Mittelwert. Die Technikzentrale wird im Rahmen der anstehenden externen Organisationsuntersuchung mit betrachtet.
										26	Technisches Gebäudemanagement	0,76-12,15	5,4	6,63	1,00-19,72	8,16	13,29	12,55	-0,74	
22-9	Entgelte für Sporthallennutzung der Städte	1					nein	Aufgrund der derzeitigen Beschlusslage sieht die Verwaltung hinsichtlich dieser Empfehlung keinen weiteren Handlungsbedarf.		23	Kaufmännisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement, Grundstücksverwaltung und -verkehr, Vertragswesen, Versicherungen, Ver- und Entsorgung	1,15-8,29	3,4	4,21	0,88-11,53	5,23	7,71	7,97	0,26	
22-10	Verzicht auf Beteiligung des Bau- und Vergabeausschusses	1	0,25	12.500 €			wird geprüft	Für die politische Beteiligung in Vergabeangelegenheiten soll in Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung ein neues Konzept entwickelt und ein entsprechender politischer Beschluss herbeigeführt werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016											Aus den vorhandenen Daten lassen sich keine Erkenntnisse hinsichtlich der ausgesprochenen Handlungsempfehlung ableiten.
22-11	Optimierung des Beteiligungsmanagements durch den zusätzlichen Einsatz strategischer Steuerungsinstrumente	2					ja	Die Verwaltung greift das Thema „Einsatz strategischer Steuerungselemente“ im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen.	siehe übergreifende Empfehlungen	20	Erstellen des Gesamtabschlusses und Beteiligungsmanagement	0,03-1,83	0,37	0,43	0,2-2,3	1,11	1,94	2,14	0,2	Der Personaleinsatz liegt geringfügig über dem Mittelwert der große Kreise. Weitere Erkenntnisse hinsichtlich der ausgesprochenen Handlungsempfehlungen lassen sich nicht ableiten.
22-12	Einführung eines Konzernrisikomanagements	2					ja	Die Verwaltung greift das Thema „Einsatz strategischer Steuerungselemente“ im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen.	siehe übergreifende Empfehlungen											
22-13	Synergien schaffen durch Shared Services	2					nein	Die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen stehen derzeit nicht zur Verfügung, weshalb die Verwaltung eine Umsetzung der Handlungsmöglichkeit zunächst nicht beabsichtigt.		23	Kaufmännisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement, Grundstücksverwaltung und -verkehr, Vertragswesen, Versicherungen, Ver- und Entsorgung	1,15-8,29	3,4	4,21	0,88-11,53	5,23	7,71	7,97	0,26	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So nehmen 16 von 31 Kreisen Aufgaben für Dritte wahr, 9 von 31 Kreisen hingegen haben Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert. Der RSK hat in diesem AB Aufgaben an Dritte vergeben bzw. delegiert. Neben der großen Bandbreite des Personaleinsatzes ist auch die Bandbreite der enthaltenen Aufgaben innerhalb des AB zu groß, um dezidierte Rückschlüsse für die einzelnen Handlungsempfehlungen zuzulassen.
22-14	Optimierung des Beteiligungsprozesses	1-2					nein	Die Handlungsempfehlung 22-14 wird nicht umgesetzt.		20	Erstellen des Gesamtabschlusses und Beteiligungsmanagement	0,03-1,83	0,37	0,43	0,2-2,3	1,11	1,94	2,14	0,2	Der Personaleinsatz liegt geringfügig über dem Mittelwert der große Städte. Weitere Erkenntnisse hinsichtlich der ausgesprochenen Handlungsempfehlungen lassen sich nicht ableiten.

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)										08.11.2017			
Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungsempfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personaleinsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen			
30-1	Der RSK überträgt die Prozessvertretung stärker auf die Fachämter	1					nein	Zurzeit wird kein Handlungsbedarf gesehen.		22	Rechtsberatung für die Verwaltung	keine Kennzahl			0,3-5,85	2,69	3,39	5,85	2,46	Eine Kennzahl für den AB 22 wurde nicht gebildet. Die Bandbreite des Personaleinsatzes weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede bei der Rechtsberatung hin. Die Kreise haben sehr verschieden ausgeprägte Zuständigkeitsverteilungen zwischen den Fachbereichen und einer zentralen Rechtsberatung. Die Abweichung des RSK von 2,46 VZÄ vom Mittelwert der großen Kreise bedeutet lediglich, dass der RSK an <u>zentraler</u> Stelle für Rechtsberatung mehr Personal einsetzt. Wieviel Personal die Kreise <u>dezentral</u> in den Fachbereichen für Rechtsberatung einsetzen, hat die GPA nicht erhoben. Somit ist die Aussagekraft sehr gering. Die Verwaltung wird wie zu den Handlungsempfehlungen ausgeführt weiter verfahren.			
30-2	Der RSK beauftragt externe Rechtsanwälte (Prozessvertretung)	1					nein	Die Beauftragung von Rechtsanwälten wird fortgeführt und bei Bedarf weiter ausgebaut.															
30-3	Reduzierung von Standards bei Verwaltungsgerichtsverfahren	1					nein	Der Handlungsempfehlung wird nicht entsprochen.															
30-4	Reduzierung von Assistenzfähigkeit und Verzicht auf Schreibtätigkeit	2					wird geprüft	Die Reduzierung von Assistenzfähigkeiten wird im Auge behalten; Art und Umfang der erforderlichen Assistenzfähigkeiten werden im Rahmen der geplanten Einführung eines Dokumentenmanagementsystems im Detail geprüft.															
30-5	Aufwand Zeitaufschreibung für die innere Verrechnung reduzieren	1	0,03		_0,03_		ja	Das Fachamt arbeitet mit der Kämmerei bereits an der Umsetzung der Empfehlung.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	übergreifend										Die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung enthalten keine Aussage zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS). An der Einführung eines DMS wird gearbeitet.			
30-6	Einrichten eines Dokumentenmanagementsystems/ elektronische Akte	2					ja	Die Handlungsempfehlung 30-6 wird im Rahmen der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (elektronische Akte) in der Kreisverwaltung umgesetzt. Mit den vorbereitenden Maßnahmen hat das Amt 10 bereits begonnen.	siehe übergreifende Empfehlungen														
30-7	Grundlagen für eine bedarfsgerechte Personalausstattung im Hinblick auf die derzeitige Flüchtlingssituation ermitteln -aktuelle Prozessentwicklungen einbeziehen	1					ja	Die Handlungsempfehlung befindet sich in der Umsetzung.				49	Ausländerwesen	keine Kennzahl			6,75-37,19	17,8	26,83		37,19	10,36	Für den AB 49 Ausländerwesen wurde keine Kennzahl gebildet. Die aufgabenbezogene Personalanalyse bezieht sich auf einen Zeitpunkt vor dem Beginn der großen Flüchtlingskrise. Seitdem ist es bei allen Ausländerbehörden zu erheblichen Personalzuwächsen gekommen. Der Personalbedarf in diesem Bereich wird von der Verwaltung an die aktuelle Situation ständig angepasst und aktualisiert. (siehe hierzu auch die Vorlage der Verwaltung und die Beschlussfassung im Personalausschuss TOP 4.1 am 10.05.2017.)
30-8	Anpassung Personalbedarf für elektronischen Aufenthaltstitel	1					ja	Die Verwaltung überprüft den Personalbedarf für den elektronischen Aufenthaltstitel ständig. Die Handlungsempfehlung der GPA wird daher bereits praktiziert. Bisher konnte keine Verringerung des Arbeitsaufwandes für den eAT festgestellt werden.															
30-09	Interkommunale Zusammenarbeit bei den Ausländerangelegenheiten (mit Troisdorf)	2					nein	Die Handlungsmöglichkeit wird nicht umgesetzt.															
30-10	Optimierung der Prozesse - bundes- und landesweite Prozesse	1					nein	Auf die bundes- und landesweiten Prozesse hat der RSK keinen unmittelbaren Einfluss. Eine Umsetzung der Handlungsmöglichkeit ist daher nicht möglich.															
30-11	Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Einbürgerungswesen und ö.-r. Namensänderung	1					wird geprüft	Die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit werden geprüft.		47	Namens- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	0,16-1,75	0,67	0,92	0,35-8,79	2,38	4,13	8,46	4,33	Beim Kennzahlenvergleich liegt der RSK mit 0,25 VZÄ über dem Mittelwert und beim tatsächlichen Personaleinsatz 4,33 über dem Mittelwert der großen Kreise. Die Verwaltung wird die Handlungsempfehlung der GPA aus der Organisationsuntersuchung umsetzen; es ist beabsichtigt, in diesem Bereich eine Stellenbemessung durchzuführen und den Personaleinsatz zu überprüfen.			
30-12	Personalüberprüfung Einbürgerungswesen	1					ja	Die Verwaltung wird in diesem Aufgabenbereich eine Stellenbemessung durchführen.															
30-13	Jagdscheine -auf persönliches Erscheinen verzichten	1	0,05				ja	Da die Umsetzung u.a. auch von dem Ausgang des Klageverfahrens abhängig ist, kann diese Handlungsempfehlung nicht umgesetzt werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	32	Jagd- und Fischereiangelegenheiten	keine Kennzahl			0,4-4,35	1,8	1,86	2,00	0,14	Für den AB wurde keine Kennzahl gebildet, der RSK liegt nur geringfügig (0,14 VZÄ) über dem Wert vergleichbarer Kreise.			

08.11.2017

[illegible]

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)										08.11.2017
Handlungs- möglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbar- keit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
36-1	Zentralisierung SVA; Abschaffung Nebenstelle Meckenheim	2					nein	Die Handlungsempfehlung 36-1 wird nicht umgesetzt.		43	Fahrerlaubnis- angelegenheiten	0,55-1,92	0,86	1,01	4,88-26,56	12,98	18,14	26,56	8,42	Bei den Aufgabenblöcken 43, 44 und 45 liegt der RSK sowohl bei den Kennzahlen als auch beim tatsächlichen Personaleinsatz über den Mittelwerten. Dieses Ergebnis deckt sich mit den seitens der GPA im Rahmen der Organisationsuntersuchung in den Bereichen Zulassung, Fahrerlaubnisse und Halterpflichten aufgezeigten Einsparpotenzialen. Insgesamt bezifferte die GPA das aus ihrer Sicht mögliche Einsparpotenzial in diesen Bereichen mit ca. 6 VZÄ. Die Verwaltung arbeitet intensiv an der Hebung dieser Potenziale; nach derzeitigem Stand werden die genannten Potenziale bis ca. Mitte 2018 vollständig realisiert sein.
										44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	
36-2	Kommunale Zusammenarbeit mit kreisfreier Stadt oder einem Kreis	2					nein	Die Handlungsempfehlung 36-2 wird nicht umgesetzt. Bei einer interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn im Bereich der Kfz-Zulassung würde es sich um eine Änderung im Bereich des Bürgerservice handeln, der aus den oben genannten Gründen derzeit keinen Vorteil für die Bürger und auch keine Einsparpotentiale für den Kreis erkennen lassen.		44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	
36-3	Reduzierung Personaleinsatz wg. Fallrückgang Steuerrückstände	1	0,30		_0,8_		ja	Aus organisatorischer Sicht sollte die Entwicklung der Fallzahlen im Jahr 2016 beobachtet werden. Sofern der Fallrückgang dauerhaft erfolgt, könnte das Stellenreduzierungs-potenzial umgesetzt werden. Die Handlungsmöglichkeit 36-3 ist auch in Zusammenhang mit der Handlungsmöglichkeit 36-7 „Flexibilisierung des Personaleinsatzes im Bereich der Halterpflichten“ zu betrachten. Derzeit wird ein Konzept für die Umsetzung dieser Empfehlung erstellt. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass eine Stelle im Umfang von 0,8 VZÄ eingespart werden kann, sobald sich die personelle Möglichkeit ergibt (Ausscheiden, Umsetzung, etc.). Somit könnten insgesamt sogar 0,5 Stellen über dem genannten Stellenreduzierungs-potenzial von 0,3 Stellen eingespart werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	
36-4	Bessere Infos durch Kommunen bei Umzug (Reduzierung Owi- Verfahren)	1		1.500 €			nein	Da seitens des Fachbereichs bereits regelmäßige Informationen über die Möglichkeit der Ummeldung eines Kraftfahrzeugs in der kreisangehörigen Kommune bei einem Umzug innerhalb des Kreisgebiets erfolgen und die Kosten für die Einrichtung einer Schnittstelle zwischen dem Verfahren der Fahrzeugzulassung und der Bußgeldstelle in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen, besteht aus organisatorischer Sicht kein weiterer Handlungsbedarf. Inwiefern das genannte Einsparpotenzial von 1.500 Euro durch die stetige Information der Kommunen durch den Fachbereich erreicht werden kann, wird weiter beobachtet und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	45	Überwachung der Halterpflichten	0,4-1,62	0,93	1,34	1,27-12,90	6,46	9,08	12,88	3,8	
36-5	Verzicht auf amtseigenes Call- Center	2	1,5		2		ja	Die Handlungsmöglichkeit 36-5 wird umgesetzt. Das genannte Einsparpotenzial von bis zu 2 Stellen wird im Rahmen des Aufbaus eines zentralen Telefonservice sukzessive realisiert.		43	Fahrerlaubnis- angelegenheiten	0,55-1,92	0,86	1,01	4,88-26,56	12,98	18,14	26,56	8,42	
										44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	
36-6	Terminvergaben optimieren/verstärken	1					ja	Die Handlungsmöglichkeit 36-6 wird durch die Einführung des Softwaremoduls NetAppoint bereits umgesetzt.		43	Fahrerlaubnis- angelegenheiten	0,55-1,92	0,86	1,01	4,88-26,56	12,98	18,14	26,56	8,42	
										44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	
										45	Überwachung der Halterpflichten	0,4-1,62	0,93	1,34	1,27-12,90	6,46	9,08	12,88	3,8	
36-7	Flexibilisierung Personaleinsatz Halterpflichten	1	0,45		(siehe Anmerk.)		ja	siehe Stellungnahme zu Handlungsmöglichkeit 36-3	siehe 36-3	45	Überwachung der Halterpflichten	0,4-1,62	0,93	1,34	1,27-12,90	6,46	9,08	12,88	3,8	
36-8	Personalreduzierung Zulassung; Ausrichtung an interkommunalen Vergleichswerten	1	1,30				ist erledigt	Aus organisatorischer Sicht besteht im Bereich der Kfz-Zulassung derzeit kein Stellenreduzierungs-potenzial, da der Rhein-Sieg-Kreis den Benchmark im Jahr 2015 erreicht hat. Die Entwicklung der Fallzahlen sollte in diesem Bereich beobachtet und das Ergebnis der überörtlichen Prüfung mit der aufgabenbezogenen Personalanalyse abgewartet werden. Die Handlungsempfehlung 36-9 „Flexibilisierung des Personaleinsatzes für die Kfz-Zulassungsstelle und die Führerscheinstelle“ (siehe Anlage) sollte in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. So könnte bei einem flexibleren Personaleinsatz bei schwankenden Fallzahlen im Zulassungs- und Führerscheinebereich möglicherweise bestehende Stellenüberhänge bzw. Stellenbedarfe zwischen diesen Bereichen gegenseitig ausgeglichen werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	44	Kfz-Zulassung	0,63-1,29	0,93	0,96	6,34-38,39	21,95	31,32	38,39	7,07	

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung

Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)

[illegible]

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)										
												Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungs- möglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbar- keit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale/ Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
36-19	Erhebung der Wirkung der Geschwindigkeitsüberwachung	1					ja	Die Erhebung der Wirkung der Geschwindigkeitsüberwachung sowie die ständige Evaluierung und Steuerung der Geschwindigkeitsüberwachung ist eine sinnvolle Maßnahme und wird bereits in der täglichen Arbeit umgesetzt. Es wird kein weiterer Handlungsbedarf in diesem Bereich gesehen.		41	Überwachung fließender Verkehr	0,8-4,15	2,5	1,66	9,05-33,14	19,48	25,07	33,14	8,07	Die Kennzahl im AB 41 (Vollzeit-Stellen je 10.000 Verwarn- und Bußgelder) liegt deutlich unterhalb des Mittelwertes. Der tatsächliche Personaleinsatz liegt um ca. 8 VZÄ über dem Mittelwert der großen Kreise. Dies hängt mit der hohen Verfahrensanzahl zusammen. Die Handlungsmöglichkeiten 36-18 bis 36.21 zur allgemeinen Effizienzverbesserung werden umgesetzt.
36-20	Fallstandards für Lichtbildanforderungen optimieren	1					ja	Die Handlungsmöglichkeit 36-20 wurde bereits umgesetzt. Es haben Gespräche und Abstimmungen zwischen den Ämtern 30 und 36 hinsichtlich des Verfahrens der Anforderung von Lichtbildern stattgefunden.												
36-21	Datenqualität der von der Polizei übermittelten Verstöße verbessern	1					ja	Die Handlungsmöglichkeit 36-21 wurde bereits umgesetzt. Es hat gemeinsame Absprachen zwischen dem Straßenverkehrsamt und den Polizeibehörden hinsichtlich der Qualität der übermittelten Verkehrsverstöße gegeben, um die Einhaltung notwendiger Qualitätsstandards sicherzustellen. Eine direkte Eingriffsmöglichkeit besteht nicht. Die Gespräche werden auch künftig im Rahmen der Qualitätssicherung bedarfsgerecht fortgeführt.												
36-22	Stabilisierung der IT-Struktur und Verbesserung des IT-Service	1					ja	Die Verwaltung kommt zu dem Ergebnis, dass eine Übernahme der Betreuung der Arbeitsplätze des Amtes 36 fachlich, inhaltlich und finanziell für den Kreis vorteilhaft ist.		übergreifend 36										Die technische Betreuung der Arbeitsplätze (Full-Service) des Amtes 36 wird im Laufe des Jahres 2018 wieder durch die Systemverwaltung, 10.2, wahrgenommen. Hierzu haben bereits Abstimmungsgespräche mit dem Civitec stattgefunden. Der Zeitplan sieht eine Kündigung des Full-Service bei Civitec bis zum 30.09.2018 wirksam zum 31.12.2018 vor.
38-1	Aufbau einer integrierten Regionalleitstelle	3					nein	Die Handlungsmöglichkeit 38-1 wird nicht umgesetzt.		52	Kreisleitstelle	keine Kennzahl			0,63-40,76	20,08	18,83	28,22	9,39	Die Bandbreite des Personaleinsatzes spricht für erhebliche organisatorische Unterschiede. Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Der Rhein-Sieg-Kreis weicht mit 9,39 VzÄ vom Mittelwert der großen Kreise ab. In diesen Mittelwert sind jedoch auch Mengendaten eines Kreises eingeflossen, welcher die Aufgabe Leitstelle an eine große kreisfreie Stadt übertragen hat und im Vergleich mit nur 0,63 VzÄ geführt wird. Maßgeblich für den erforderlichen Personaleinsatz ist die Anzahl der Einsätze/Dispositionen und angenommenen Notrufe. Diese übersteigen den Durchschnitt der anderen Kreise um das Doppelte bzw. das Dreifache. Eine alleinige Gegenüberstellung des Personaleinsatzes ist daher nicht aussagekräftig.
38-2	Zielformulierung: Notrufannahme innerhalb von 10 Sekunden; Intensivierung Zusammenarbeit mit Leitstelle Bonn	1					nein	Der Vorschlag der GPA wird nicht umgesetzt.												
38-3	Elektronische Speicherung der Checklisten; Umsetzung standardisierter Notrufabfrage	1					ja	Die standardisierte Notrufabfrage wird in 2017/2018 eingeführt.												
38-4	Ausbau Kooperation mit benachbarten Kreisen	2					wird geprüft	Das Fachamt wird prüfen, ob weitere Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Bevölkerungsschutzes bestehen.		54	Katastrophenschutz, Abwehr von Großschadensereignissen, Kreisleitstelle	keine Kennzahl			0,22-5,13	2,18	2,80	2,79	-0,01	Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Der Personaleinsatz des Rhein-Sieg-Kreises liegt im Aufgabenblock 54 auf dem Mittelwert der großen Kreise in NRW.
38-5	Disposition und Alarmierung der angenommenen Notrufe des anderen Leitstellenträgers	1					nein	Die Handlungsmöglichkeit 38-5 wird nicht umgesetzt.		52	Kreisleitstelle	keine Kennzahl			0,63-40,76	20,08	18,83	28,22	9,39	Die Bandbreite des Personaleinsatzes spricht für erhebliche organisatorische Unterschiede. Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Der Rhein-Sieg-Kreis weicht mit 9,39 VzÄ vom Mittelwert der großen Kreise ab. In diesen Mittelwert sind jedoch auch Mengendaten eines Kreises eingeflossen, welcher die Aufgabe Leitstelle an eine große kreisfreie Stadt übertragen hat und im Vergleich mit nur 0,63 VzÄ geführt wird. Maßgeblich für den erforderlichen Personaleinsatz ist die Anzahl der Einsätze/Dispositionen und angenommenen Notrufe. Diese übersteigen den Durchschnitt der anderen Kreise um das Doppelte bzw. das Dreifache. Eine alleinige Gegenüberstellung des Personaleinsatzes ist daher nicht aussagekräftig.

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)										08.11.2017		
Handlungs- möglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbar- keit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen		
40-1	Entlastung der Bildungs- koordinierung von fremden Aufgaben	2					nein	Aus den genannten Gründen besteht kein weiterer Handlungsbedarf.		67	Sonstige schulische Aufgaben	keine Kennzahl			3,32-38,84	14,22	18,46	18,76	0,3	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock resultiert aus der Vielzahl von Aufgaben, die darin gebündelt wurden. Zusätzlich zu kommunalen Bildungsbüros sind in AB 67 auch Einrichtungen wie Medienzentren, Schullandheime oder schulpyschologische Beratung sowie kommunale Integrationszentren aufgeführt. Außerdem enthält dieser AB Sonstige Schulische Aufgaben wie Koordinieren der Schulentwicklung im Kreisgebiet, Schulamtstreffen und Ausrichtung von Schulsportfesten. Der in diesem AB marginal höhere Personaleinsatz zum Mittelwert der großen Kreise kann nicht nachvollzogen werden, da die GPA die VZÄ nicht nach einzelnen Aufgaben differenziert hat. Zudem entspricht die Anzahl der Schulen im Kreisgebiet dem Maximum der erhobenen Mengendaten.		
40-2	Jährliche Berichte in pol. Gremien	1					ja	Handlungsmöglichkeit Nr. 40-02 wird umgesetzt, indem zukünftig als Ergänzung der bereits erfolgenden Berichterstattung noch zusätzlich ein jährlicher Bericht erstellt wird.		übergreifend 40										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 40-2.		
40-3	Optimierung Schülerspezial- verkehr	1					ja	Die Handlungsmöglichkeit Nr. 40-03 wird begrüßt. Mit dem von der GPA vorgeschlagenen Projekt wird nach Genehmigung des Haushalts für die Jahre 2017/18 in einem ersten Schritt mit der Beschaffung einer geeigneten Software begonnen.		65	Schülerbeförder- ung	0,01-0,32	0,07	0,03	0,2-3,25	1,6	1,74	1,18	-0,56	Die Kennzahl "Vollzeit-Stellen je 100 Schüler im Linien- und Schülerspezialverkehr" und der tatsächliche Personaleinsatz liegen unter den Mittelwerten. Für die Durchführung des Projektes zur Optimierung des Schülerspezialverkehrs wurden finanzielle Mittel in den Haushalt 2017/18 eingestellt.		
40-4	Erhöhung Elternbeitrag Mittagess	1					nein	Die Subventionierung des Mittagessens unterstützt ein sinnvolles Angebot an Ganztagsschulen und sollte daher beibehalten werden. Die Handlungsmöglichkeit Nr. 40-04 wird aus den genannten Gründen nicht umgesetzt.		übergreifend 40										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 40-4.		
40-5	Standardabsenkung Betreuung Berufskollegs; Reduzierung Termine vor Ort	1					nein	Die bisherige Praxis hat sich bewährt und wird beibehalten und die Handlungsmöglichkeit Nr. 40-05 somit nicht umgesetzt werden.		64	Berufskollegs	1,16-2,52	1,69	2,03	4,98-26,17	14,59	18,09	20,92	2,83	Die Kennzahl "Vollzeit-Stellen je 1.000 Schüler" liegt beim RSK zwischen dem Mittelwert und dem Maximum. Allerdings bezieht sich AB 64 sowohl auf Schulträgeraufgaben als auch auf Sekretariatstätigkeiten. Es ist nicht erkennbar, in welchem Aufgabengebiet die höheren VZÄ entstehen. Eine Analyse gestaltet sich dadurch schwierig. Im Rahmen ihrer Organisationsberatung hat die GPA keine Personaleinsparpotenziale beziffert.		
40-6	Anpassung der Personalausstattung in den Schulsekretariaten	2	5		(siehe Anmerkun- g)		nein	Aus den genannten Gründen wird die Handlungsempfehlung 40 – 06 nicht konkret weiter verfolgt. Bei personellen Veränderungen/Stellennachbesetzungen wird grundsätzlich durch Amt 10 der Personal-/Stellenbedarf im Einzelfall überprüft.	Stelleneinsparpotenzia- le können derzeit nicht benannt werden													
41-1	Freiwillige Leistungen streichen	1	1,80	426.500	-		nein	Das von der GPA genannte Stellenreduzierungspotenzial von 1,8 VZÄ und 426.500 Euro für ordentliche Aufwendungen kann aufgrund der Entscheidungen im Arbeitskreis Konsolidierung nicht realisiert werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016	68	Heimat- und sonstige Kulturpflege	keine Kennzahl			0,05-6,5	2,34	3,03	4,62	1,59	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes im AB 28 weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So haben 22 von 31 Kreisen Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert und bei insgesamt 28 Kreisen werden die Aufgaben durch eine Ausgliederung (AöR, GmbH) wahrgenommen. Beim RSK erfolgt die Aufgabenwahrnehmung ausschließlich mit eigenem Personal. Dies führt beim RSK in diesem AB insgesamt zu einem höheren Personaleinsatz als bei anderen Kreisen. Die GPA hat im AB 71 keine Kennzahl gebildet. Die VZÄ liegen beim RSK unter dem Mittelwert.		
										71	Büchereien				1,17-3,25	2,21	1,22	1,17	-0,05			
41-2	Reduzierung der Kosten für das Kreisjahrbuch	2					nein	Aufgrund der bereits im AK Konsolidierung erfolgten Entscheidung wird die Verwaltung die Herausgabe des Jahrbuches beibehalten.		68	Heimat- und sonstige Kulturpflege	keine Kennzahl			0,05-6,5	2,34	3,03	4,62	1,59	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem AB weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So haben im AB 68 22 von 31 Kreisen Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert und bei insgesamt 28 Kreisen werden die Aufgaben durch eine Ausgliederung (AöR, GmbH) wahrgenommen. Beim RSK erfolgt die Aufgabenwahrnehmung ausschließlich mit eigenem Personal. Dies führt beim RSK in diesem AB insgesamt zu einem höheren Personaleinsatz als bei anderen Kreisen.		
41-3	Konzept für Burgruine erstellen	2	1	5.000			wird geprüft	Die Verwaltung erarbeitet derzeit eine Vorlage für die als nächstes anstehenden Sitzungen der o.g. Ausschüsse mit konkreten Handlungsoptionen für die Burgruine Windeck. Die Empfehlungen der GPA werden in diesem Zusammenhang mit geprüft.												Die Betreuung der Burgruine Windeck ist im AB 68 mit 1,9 VZÄ enthalten. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 03.07.2017 die Verwaltung beauftragt, in Bezug auf die Burgruine Windeck die Optionen: "Übertragung an die Gemeinde Windeck oder einen anderen öffentlichen Träger", "Vermarktung und Verkauf", "Projektentwicklung im Rahmen der Regionale 2025" parallel zu verfolgen und über den weiteren Fortgang zu berichten.		
41-4	Zuordnung "Denkmalschutz" zum Bauamt	2					nein	Die Handlungsmöglichkeit Nr. 41 – 4 wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt.		117	Obere Denkmalbehörde	keine Kennzahl			0,05-0,75	0,26	0,37	0,35	-0,02	Der Personaleinsatz liegt beim RSK ganz leicht unter dem Mittelwert der großen Kreise.		
41-5	Auflösen selbständiges Kulturamt	3	1		1		ja	Die Verwaltung greift das Thema „Auflösung des Kultur- und Sportamtes" im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen.	siehe übergreifende Empfehlungen	68	Heimat- und sonstige Kulturpflege	keine Kennzahl			0,05-6,5	2,34	3,03	4,62	1,59	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem AB weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. So haben im AB 68 22 von 31 Kreisen Aufgaben an Dritte vergeben oder delegiert und bei insgesamt 28 Kreisen werden die Aufgaben durch eine Ausgliederung (AöR, GmbH) wahrgenommen. Beim RSK erfolgt die Aufgabenwahrnehmung ausschließlich mit eigenem Personal. Dies führt beim RSK in diesem AB insgesamt zu einem höheren Personaleinsatz als bei anderen Kreisen (siehe auch Ausführungen zu Burgruine Windeck).		
41-6	Anpassung der Aufgaben Medienzentrum; Umsetzung Personalreduzierung	1	1,50		_0,5_		teilweise	Aus organisatorischer Sicht könnte auch unter Berücksichtigung der derzeitigen personellen Besetzung im Medienzentrum perspektivisch 0,5 Stellen des Potenzials realisiert werden, sobald sich die personelle Möglichkeit ergibt (Ausscheiden, Umsetzung, etc.).	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016											Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock resultiert aus der Vielzahl von Aufgaben, die darin gebündelt wurden. Zusätzlich zu kommunalen		

Gesamtübersicht der Empfehlungen der GPA aus der Organisationsuntersuchung										Ergebnisse überörtliche Prüfung (aufgabenbezogene Personalanalyse)											08.11.2017	
Handlungs- möglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzung 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpoten- ziale/ Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung	Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZA) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZA) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZA) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZA)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen		
41-7	Zusammenarbeit mit Medienzentrum Bonn	1					wird geprüft	Die Umsetzung der Handlungsmöglichkeit Nr. 41 – 7 ist dem Grunde nach sinnvoll. Der Fachbereich wird mit der Stadt Bonn klären, ob von dort Kooperationsbereitschaft besteht, wie diese ausgestaltet werden kann und ob wirklich Synergieeffekte entstehen.		67	Sonstige schulische Aufgaben	keine Kennzahl			3,32-38,84	14,22	18,46	18,76	0,3	Bildungsbüros sind in AB 67 auch Einrichtungen wie Medienzentren, Schullandheime oder schulppsychologische Beratung sowie kommunale Integrationszentren aufgeführt. Außerdem enthält dieser AB Sonstige Schulische Aufgaben wie Koordinieren der Schulentwicklung im Kreisgebiet, Schulamtstreffen und Ausrichtung von Schulsportfesten. Der in diesem AB marginal höhere Personaleinsatz zum Mittelwert der großen Kreise kann nicht nachvollzogen werden, da die GPA die VZÄ nicht nach einzelnen Aufgaben differenziert hat. Zudem liegt die Anzahl der Ausleihen Medienzentrum über dem Mittelwert der Mengendaten.		
41-8	Digitale Nutzungsmöglichkeiten für außerschulische Bildungsträger schaffen	1					nein	Die Schaffung digitaler Nutzungs- möglichkeiten für außerschulische Bildungsträger durch das Medienzentrum wird geprüft, wenn es einen Bedarf gibt. Die Handlungsmöglichkeit Nr. 41 – 8 wird derzeit nicht weiterverfolgt.														
50-1	Aufbau eines Gesamtcontrollings für das Sozialamt	1					ja	Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde bereits begonnen. Über die weitere Entwicklung wird zu gegebener Zeit im Zusammenhang mit der Vorstellung und Umsetzung der Ergebnisse der vertiefenden Organisationsuntersuchung in den maßgeblichen politischen Gremien berichtet.		übergreifend 50										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 50-1.		
50-2	Erlass von Richtlinien für delegierte Aufgaben	1					wird geprüft	Die Handlungsmöglichkeit 50-02 wird im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt geprüft.														
50-3	Aufbau einer Wissensdatenbank für kreisangehörige Kommunen	1					wird geprüft	Die Handlungsmöglichkeit 50-03 wird im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt geprüft.														
50-4	Reduzierung Rückstände Widerspruchsverfahren Verbesserung der Aufgabenerledigung in Rechtsfragen	1					wird geprüft	Die Handlungsmöglichkeit 50-04 wird im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt geprüft.														
50-5	Aufbau Fach- u. Finanzcontrolling (Revision) der delegierten Aufgaben	1					ja	Über die weitere Entwicklung wird zu gegebener Zeit im Zusammenhang mit der Vorstellung und Umsetzung der Ergebnisse der vertiefenden Organisationsuntersuchung in den maßgeblichen politischen Gremien berichtet.		übergreifend 50										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 50-5.		
50-6	Jährliche Unterhaltsprüfung in der Hilfe zur Pflege	1					wird geprüft	Die Handlungsmöglichkeit 50-06 wird im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt geprüft.														
50-7	Ermittlung Erträge aus Unterhaltsheranziehung	1					wird geprüft	Die Handlungsmöglichkeit 50-7 wird im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt geprüft.														
50-8	Einführung elektronische Gesundheitskarte	1					nein	Die Entscheidung über die Einführung einer eGK obliegt alleine den Kommunen; die Rahmenbedingungen, die Krankenhilfekosten weiter zentral abwickeln zu können, sind geschaffen. Seitens der Kreisverwaltung ist nichts weiter zu veranlassen.		95	Fachaufsicht SGB XII und andere Restaufgaben des Sozialamtes	keine Kennzahl			1,27-14,93	6,07	9,61	9,39	-0,22	Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Die Bandbreite des Personaleinsatzes deutet auf große organisatorische Unterschiede hin. Zudem deckt dieser Aufgabenblock neben der Aufgaben Fachaufsicht SGB XII diverse Restaufgaben ab. Die Aufgaben der Krankenhilfe sind hierbei nur ein Teilausschnitt des im Aufgabenblock 95 dargestellten Personaleinsatzes. Der Personaleinsatz liegt beim RSK geringfügig unter dem Mittelwert der großen Kreise.		
50-9	Reduzierung Aufwand Krankenhilfe; Rabatte bei schnellerer Bearbeitung	1		25.000				Es wird vorgeschlagen, die Wirkung der bereits getroffenen Maßnahme zunächst zu überwachen. Ferner wird vorgeschlagen, die Ergebnisse einer vertiefenden Organisationsuntersuchung im Hinblick auf weiteres Optimierungspotential abzuwarten.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016													
50-10	Qualitätssicherung in Einrichtungen des WTG	1					ja	Die Ergebnisse der Stellenbemessung werden im Rahmen der vertiefenden Untersuchung im Sozialamt aktualisiert.		91	Sonstige Soziale Leistungen WTG (Heimaufsicht)	0,34-1,99	0,86	0,50	1,35-9,59	3,76	4,61	3,73	-0,88	Der Personaleinsatz in der Heimaufsichtsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises liegt ca. 0,9 VzÄ unter dem Mittelwert für große Landkreise. Bei der Kennzahl "Vollzeit-Stellen je 1.000 Plätze in den betreuten Einrichtungen" liegt der Rhein-Sieg-Kreis mit 0,50 VzÄ/1000 Plätze im unteren Bereich und unterhalb des Mittelwertes von 0,86 VzÄ. Rechnet man den Mittelwert mit der Anzahl der Betreuungspätze im Rhein-Sieg-Kreis hoch, so ergäbe sich ein Personalbedarf von ca. 6,5 VzÄ. Zu beachten ist, dass das Wohn- und Teilhabegesetz Ende 2014 - und somit nach den der Orgaberatung und der überörtlichen Prüfung zugrunde gelegten Personaldaten mit Stand 30.06.14 - umfassend reformiert wurde. Hierdurch sind zahlreiche Aufgaben hinzugekommen, welche ebenfalls Auswirkungen auf den Personalbedarf in diesem Bereich haben. Diese werden im Rahmen der vertiefenden Organisationsuntersuchung berücksichtigt.		
50-11	Grundsatzentscheidung zu kreiseigenem Frauenhaus	2	1	150.000			politisch zu beraten	Die Frage, ob die Aufgabe „Frauenhaus“ künftig in bisherigem Umfang, in geringerem Maße oder nicht mehr wahrgenommen wird, sollte politisch beraten werden.		78	Soziale Einrichtungen	keine Kennzahl			8,00-115,09	32,77	50,35	8	-42,35	Die enorme Bandbreite des Personaleinsatzes weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede und unterschiedliche soziale Einrichtungen hin. Rückschlüsse auf die Handlungsempfehlung lassen sich aus der überörtlichen Prüfung in diesem Falle nicht ableiten.		

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
50-12	Kürzung freiwilliger Zuschüsse	1		27.000			nein	Es handelt sich hierbei um freiwillige Zuschüsse, die der Rhein-Sieg-Kreis aufgrund politischer Entscheidungen an die verschiedenen Hilfsträger erbringt. Über diese freiwilligen Leistungen wurde in der Sitzung des Arbeitskreises Konsolidierung am 08.06.2016 beraten und entschieden. Die einzelnen Leistungen wurden dabei in die Kategorie 4 eingestuft, so dass die Maßnahmen unverändert fortgeführt werden sollen. Sofern das in der Handlungsmöglichkeit 50-12 genannte Einsparpotenzial (pauschale Kürzung der Ansätze um 10%) doch umgesetzt werden soll, müsste dies in den politischen Gremien entsprechend beraten und entschieden werden. Aus fachlichen Gesichtspunkten kann eine pauschale Kürzung jedoch nicht befürwortet werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016
50-13	Einführung Zuschusscontrolling freiwillige Zuschüsse	1					ja	Über die weitere Entwicklung wird zu gegebener Zeit im Zusammenhang mit der Vorstellung und Umsetzung der Ergebnisse der vertiefenden Organisationsuntersuchung in den maßgeblichen politischen Gremien berichtet.	
50-14	Optimierung Abrechnungsverfahren Behindertenfahrdienst	2					nein	In Anbetracht des geringen tatsächlichen Einsparpotenzials einerseits und des unverhältnismäßig hohen organisatorischen Vorbereitungsaufwands andererseits und wegen der Vielzahl der aus der Organisationsuntersuchung im Bereich der Eingliederungshilfe jetzt umzusetzenden Maßnahmen, wird die aktuell praktizierte Bewilligungspraxis zum Behindertenfahrdienst beibehalten und damit die Handlungsmöglichkeit 50-14 nicht umgesetzt.	
52-1	Organisatorische Zusammenlegung mit Sozialamt bzw. Gesundheitsamt	1	1,00				wird geprüft	Die Handlungsempfehlung 52-1 sollte aus organisatorischer Sicht nach dem Ausscheiden des Amtsleiters in den Ruhestand im Jahr 2020 erneut geprüft und ggf. umgesetzt werden. Somit könnte ggf. für den Haushalt 2019/20 eine Stelleneinsparung erreicht werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016
52-2	Vergabe von Gutachten/Untersuchungen größtenteils an Externe	1	1,00		0,5		teilweise	Aus organisatorischer Sicht kann das Stellen-reduzierungspotenzial der Handlungsempfehlung 52-2 nicht in vollem Umfang, sondern nur zu einem Teil von maximal 0,5 Stellen realisiert werden. Die Aufgaben des medizinischen Dienstes (insbesondere die Erstellung eigener Gutachten) würde auf ein Minimum reduziert werden. Die Aufgabe der Steuerung, Koordinierung und Kontrolle der Qualitätsstandards macht es zwingend erforderlich, eigenes medizinisches Fachwissen im eigenen Haus vorzuhalten.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungsempfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personaleinsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
übergreifend 50										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 50-12.
übergreifend 50										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 50-13.
83	Sonstige Eingliederungshilfen	0,01-0,55	0,12	keine Angabe	0,25-5,55	1,75	2,7	2,4	-0,3	Eine Kennzahl konnte für den Rhein-Sieg-Kreis mangels Datengrundlage für den Aufgabenblock 83 nicht gebildet werden. Die Aufgabe Behindertenfahrdienst bindet vom Gesamtpersonaleinsatz des RSK im AB 83 lediglich rd. 0,6 VZÄ. Beim Behindertenfahrdienst hat der Rhein-Sieg-Kreis die mit Abstand meisten Teilnehmer.
80	Schwerbehindertenangelegenheiten	0,56-2,28	1,61	1,75	7,14-32,19	15,96	17,87	27,34	9,47	Die Kennzahl (Vollzeit-Stellen je 1.000 Anträge) im AB 80 liegt beim RSK über dem Mittelwert. Bei Anwendung des Mittelwertes in Bezug auf die Fallzahlen des RSK ergibt sich, dass 2,3 Stellen über dem Durchschnitt im RSK eingesetzt werden. Die GPA hat im Rahmen der Organisationsberatung ein Reduzierungspotenzial von bis zu 2 VZÄ aufgezeigt. Die Handlungsempfehlung 52-1 wird im Jahr 2020 nach dem Ausscheiden des Amtsleiters geprüft und ggf. umgesetzt. Die Handlungsempfehlung 52-2 wurde zu einem Teil von 0,5 VZÄ bereits im Jahr 2017 realisiert. Aus fachlicher Sicht ist es erforderlich, eigenes medizinisches Fachwissen im Fachbereich vorzuhalten. Zum 01.12.2017 wird die elektronische Akte im Versorgungsamt eingeführt. Die Auswirkungen der E-Akte auf die Arbeitsabläufe und den Personalbedarf sind im Jahr 2018 noch zu ermitteln.

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzung 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahme- verbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
53-14	Überprüfung der Gebührenerhebung- Anhebung von Gebühren im Rahmen der rechtl. Möglichkeiten	1		25.000		25.000	ja	Der Handlungsmöglichkeit soll gefolgt werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016
57-1	Organisatorische Anbindung Familien/Erziehungsberatung ans Jugendamt	1	1,00		<u>1</u>		ja	Die Handlungsmöglichkeit soll in der vom Fachamt abgewandelten Form umgesetzt werden, d.h. Beibehaltung der Amtsstruktur bei Abbau einer Abteilungsleiterstelle.	
57-2	Verbesserung Zusammenarbeit mit Jugendamt und Gesundheitsamt	1					ja	Die Handlungsempfehlung wird bereits praktiziert. Die Zusammen- arbeit der Fachämter wird anlassbezogen weiterentwickelt.	
57-3	Übernahme Trennungs- und Scheidungsberatung	1					nein	Der Handlungsempfehlung wird aus fachlichen Gesichtspunkten nicht gefolgt.	
57-4	Reduzierung Verwaltungsstellen und die Erziehungsberatung	1	1,50		<u>2</u>		ja	Die Handlungsmöglichkeit soll in der vom Fachamt abgewandelten Form umgesetzt werden, d.h. zunächst wird eine Stelle im Sekretariat 57.2 abgebaut. Der Abbau einer weiteren Stelle soll in 2018 geprüft werden.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016
57-5	Organisatorische Anbindung Schulpsychologischer Dienst ans Jugendamt oder Schulamt	1	-				ja	siehe Stellungnahme zu 57-1 Die Handlungsmöglichkeit soll in der vom Fachamt abgewandelten Form umgesetzt werden, d.h. Beibehaltung der Amtsstruktur bei Abbau einer Abteilungsleiterstelle.	Kenntnisnahme im PA am 07.09.2016
57-6	Reduzierung der Stellen der Verwaltung im Schulpsychologischen Dienst	2	0,6		siehe 57-4		ja	Der Vorschlag wird gemeinsam mit der (kurzfristig umsetzbaren) Handlungsmöglichkeit 57-4 umgesetzt.	
61-1	Beschränkung auf Mindeststandards und/oder Einbeziehung der kreisangehörigen Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitskonzepte für die Regionale 2010-Projekte	2					ja	Die Handlungsempfehlung wird wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt umgesetzt.	
61-2	Zurückhaltung bei neuen Projekten	2-3					ja	Die Handlungsempfehlung wird wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt umgesetzt.	
66-1	Verzicht auf Klimaschutz als freiwillige Aufgabe	2	1,8				nein	Die aktuelle Beschlusslage lässt den Verzicht auf Klimaschutz als freiwillige Aufgabe nicht zu.	
66-2	Standardreduzierung beim Klimaschutz	2					nein	Siehe Ausführungen zu Handlungsmöglichkeit 66-1	
66-3	Projektsteuerung beim Klimaschutz verbessern	1					ja	Die Projekte unterlagen bisher einer sehr weitgehenden politischen Steuerung. Nichtsdestoweniger greift die Verwaltung das Thema „Umgang mit Projekten“ im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen.	siehe übergreifende Empfehlungen
66-4	Bestimmung der personellen Ressourcen für den Klimaschutz auf Basis eines politisch abgestimmten Ziel- u. Prioritätensystems/ Projektplans	1					ja	Die Verwaltung greift das Thema „Steuerung“ und „Umgang mit Projekten“ im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen.	siehe übergreifende Empfehlungen
66-5	Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit im Klimaschutz	2					ja	Das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ wird bereits im Rahmen der Zusammenarbeit im Verein Regio Köln Bonn gelebt.	siehe übergreifende Empfehlungen

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
104	Gutachten	0,55-5,58	2,48	3,98	1,45-18,87	8,7	12,5	17,1	4,6	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes von 1,45-18,87 VZÄ deutet auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. Nach einer ersten Durchsicht der Vergleichszahlen erscheinen einige die angegebenen Werte hinterfragungswürdig. Die Handlungsempfehlung aus der Organisationsuntersuchung beinhaltet eine Reduzierung der Erstellung von freiwilligen Gutachten sowie eine Überprüfung des Kostendeckungsgrades. Die Handlungsempfehlung wurde inzwischen dergestalt umgesetzt, dass keine Gutachtenerstellung für das Jobcenter mehr erfolgt und das Versorgungsamt die benötigten Gutachten selbst erstellt.
übergreifend 51 / 57										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 57-1.
übergreifend 57 / 53										Im Rahmen der überörtlichen Prüfung erfolgte keine Erhebung von Daten zu Handlungsmöglichkeit 57-2.
99	Hilfe innerhalb und außerhalb der Familie einschließ- lich § 35a SGB VIII	6,87-26,49	13,5	26,49	15,06-79,79	35,28	40,62	79,79	39,17	Die Erziehungsberatung stellt nur einen kleinen Teilbereich im AB 99 dar. Daher ergibt sich aus dem Kennzahlenvergleich keine Aussagekraft hinsichtlich der Handlungsempfehlungen. Die Handlungsempfehlungen aus der Organisationsuntersuchung beinhalteten eine Einsparung im Leitungsbereich von 1 VZÄ und eine Einsparung im Verwaltungsbereich der EBs von 1,5 VZÄ. Das Fachamt hatte zu den Hand-lungsempfehlungen einen Umsetzungsvorschlag vorgelegt, der auch die HE 57-6 einbezieht. Der Umsetzungsvorschlag des Fachamtes, der im PA vorgestellt wurde, wurde inzwischen realisiert. (Abbau der Abteilungsleiterstelle Erziehungsberatung und einer Stelle im Sekretariat des Schulpsychologischen Dienstes)
67	Sonstige schulische Aufgaben	keine Kennzahl			3,32-38,84	14,22	18,46	18,76	0,3	Der Schulpsychologische Dienst stellt nur einen Teilbereich im AB 67 dar. Er umfasst ein breites Aufgabenspektrum aus dem Bereich sonstige schulische Aufgaben (Schulträgeraufgaben, die keiner Schulart zugeordnet werden können, Medienzentrum u.a.). Es wurde keine Kennzahl gebildet. Der Personaleinsatz beim RSK entspricht in etwa dem Mittelwert der großen Kreise. Die Handlungsempfehlung aus der Organisationsuntersuchung enthält ein Einsparpotential von 0,6 VZÄ. Die Umsetzung ist bereits erfolgt (s. 57-4)
108	Kreisentwicklung	keine Kennzahl			0,46-11,02	3,67	6,08	7,00	0,92	Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Die Bandbreite des Personaleinsatzes deutet auf signifikante organisatorische Unterschiede hin. Der RSK weist hier mit 0,92 VZÄ eine Abweichung vom Mittelwert der großen Kreise auf. Zum 01.01.2016 wurde das Amt 61 in das Referat 01 (Wirtschaftsförderung) integriert. Gegenüber dem staus quo vor der Umorganisation 61 "alt" und Wirtschaftsförderung wurden insgesamt 1,6 Stellen eingespart/verlagert. (siehe auch Ausführungen zu Handlungsempfehlungen 01-1 bis 01-4). Der RSK hat zwischenzeitlich den Zuschlag für die Regionale 2025 erhalten und wird diese Aufgabe mit dem vorhandenen Personal wahrnehmen.
127	Klimaschutz	keine Kennzahl			0,03-9,7	1,57	2,25	3,28	1,03	Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Die Bandbreite des Personaleinsatzes deutet auf signifikante organisatorische Unterschiede hin. Der Rhein-Sieg-Kreis weist hier mit 3,28 VZÄ eine Abweichung von ca. 1 VZÄ vom Mittelwert der großen Kreise auf. Die GPA hat in dem Aufgabenblock ausgeführt, dass der Personaleinsatz im Wesentlichen durch unterschiedliche Schwerpunkte geprägt wird. Im Rhein-Sieg-Kreis sind diese: Masterplan, European Energy Award, Okoprofit, Energieagentur, Informationsbereitstellung, Projekte zur Elektromobilität. Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe, deren Ausführung, Ausgestaltung und Umfang auf politischen Beschlüssen beruht.

Handlungsmöglichkeit	Empfehlung GPA	Zeitliche Umsetzbarkeit 1: bis 1 J 2: bis 5 J 3: mehr als 5 J	Einsparpotenziale Stellenanteile lt. GPA	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. GPA	Einsparpotenziale Stellen/ Stellenanteile lt. Verwaltung	Einsparpotenziale Sachaufwendungen/ Einnahmeverbesserungen lt. Verwaltung	Empfehlung wird gefolgt?	Fazit/Vorschlag der Verwaltung	Anmerkung
66-6	Optimierung des Verfahrens für Erlaubnisse, Stellungnahmen durch stärkere Standardisierung	1					teilweise	Textbausteine und Mustervorlagen werden aufgrund ihrer negativen Wirkung auf die Qualität der Arbeitsergebnisse nicht verstärkt eingesetzt, der Einsatz von Checklisten hingegen ist und bleibt sinnvoll. Der Handlungsempfehlung der GPA wird somit in Teilen gefolgt.	
66-7	Optimierung der digitalen Fachanwendung und ein Dokumentenmanagementsystem	2					ja	Die Handlungsempfehlung 66-7 wird im Rahmen der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (elektronische Akte) in der Kreisverwaltung umgesetzt. Mit den vorbereitenden Maßnahmen hat das Amt 10 bereits begonnen. Die GIS-Anbindung des Fachverfahrens ist entsprechend vorbereitet und in die Arbeitsplanung des Zweckverbandes civitec aufgenommen.	
66-8	Bestimmung des Personalbedarfs	1					ja	Es ist geplant, den Personalbedarf im Zuge der im Herbst 2017 beginnenden Neustrukturierung zu überprüfen.	
67-1	Schnittstellen u. Prozess für Genehmigungen u. Stellungnahmen optimieren	2					ja	Die Maßnahme wird noch in 2017 umgesetzt werden.	
67-2	Personalausstattung für den internationalen Artenschutz optimieren	1					ja	Es ist geplant, den Personalbedarf für die Aufgabe „internationaler Artenschutz“ im Zuge der im Herbst 2017 beginnenden Neustrukturierung zu überprüfen.	
67-3	Reduzierung der Landschaftsbeiratssitzungen auf vier Sitzungen	2					ja	Der Handlungsempfehlung wird gefolgt.	
67-4	Nutzung eines Dokumentenmanagementsystems/ elektronische Akte	2					ja	Die Handlungsempfehlung 67-4 wird im Rahmen der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (elektronische Akte) in der Kreisverwaltung umgesetzt. Mit den vorbereitenden Maßnahmen hat das Amt 10 bereits begonnen.	
67-5	Vermeidung von Doppelarbeiten (Projekt Chance 7) -Beibehalt des befristeten Rückzugs bei Betreuungsaufgaben durch die untere Landschaftsbehörde	2					ja	Die Handlungsmöglichkeit 67-5 wird bereits praktiziert.	
67-6	Verzicht auf den freiwilligen Vertragsnaturschutz	2					nein	Die derzeitige Beschlusslage lässt eine Aufgabe des eigenen Vertragsnaturschutzes nicht zu.	
67-7	Einrichten eines Kennzahlensystems zur Steuerung	2					ja	Die Verwaltung greift das Thema „Einrichten eines Kennzahlensystems zur Steuerung“ im Rahmen der übergreifenden Empfehlungen auf. Hierauf wird verwiesen. Im Rahmen der beabsichtigten Organisationsüberprüfung des Amtes ist beabsichtigt, die quantitativen Grundlagen für die Personalbemessung zu schaffen.	siehe übergreifende Empfehlungen
67-8	Umfang für amtseigene Öffentlichkeitsarbeit senken	2	0,4		(siehe Anmerk.)		wird geprüft	Die Aufgabe „Öffentlichkeitsarbeit“ im Amt für Natur- und Landschaftsschutz wird im Rahmen der ab Herbst 2017 beginnenden Neustrukturierung des Amtes mit geprüft.	Stelleneinsparpotenziale können derzeit nicht benannt werden
67-9	Verfahren Reitkennzeichen optimieren -Personaleinsatz prüfen	2					ja	Die Handlungsmöglichkeit 67-9 befindet sich in der Umsetzung.	
Gesamt					3				

		Kennzahlen			Personaleinsatz				08.11.2017	
Handlungs- empfehlung betrifft Aufgabenblock (AB) Nr.:	Bezeichnung AB	Bandbreite Kennzahl (VZÄ)	Kennzahl: Mittelwert (VZÄ)	Kennzahl: RSK (VZÄ)	Bandbreite Personaleinsatz (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -über alle Kreise-	Personaleinsatz Mittelwert (VZÄ) -nur Kreise über 400 T Einwohner-	Personal- einsatz RSK (VZÄ)	Abweichung RSK vom Mittelwert große Kreise	Anmerkungen/Erläuterungen/Einschätzungen
125	Gewässerschutz, Gewässer- bewirtschaftung	keine Kennzahl			4,92-32,99	17,81	24,57	32,99	8,42	Die Bandbreite des Personaleinsatzes weist auf signifikante organisatorische Unterschiede hin. Der Rhein-Sieg-Kreis weist im AB 125 mit 32,99 VZÄ das Maximum auf. Eine Kennzahl wurde mangels eines gemeinsamen aufwandsprägenden Merkmales nicht gebildet. Der Kreis nimmt Aufgaben für Dritte -Geschäftsführung Wasserverband- wahr; der Personaleinsatz hierfür ist im Aufgabenblock 125 abgebildet. Im Aufgabenblock 126 weicht der Personaleinsatz um +1,71 VZÄ vom Mittelwert der großen Städte ab. Die GPA hat in den betreffenden Aufgabenbereichen im Rahmen ihrer Organisationsuntersuchung keine Einsparpotenziale identifiziert. Angesichts der deutlichen Abweichungen im Personaleinsatz von den Mittelwerten sind die Ursachen hierfür noch im Detail zu klären/zu prüfen.
125	Gewässerschutz, Gewässer- bewirtschaftung	keine Kennzahl			4,92-32,99	17,81	24,57	32,99	8,42	
126	Bodenschutz				1,13-9,80	4,72	6,99	8,70	1,71	
125	Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung	keine Kennzahl			4,92-32,99	17,81	24,57	32,99	8,42	
123	Naturschutz und Landschafts- pflege	keine Kennzahl			5,47-25,27	12,92	16,29	25,27	8,98	Die große Bandbreite des Personaleinsatzes in diesem Aufgabenblock weist auf erhebliche organisatorische Unterschiede hin. Eine Kennzahl wurde nicht gebildet. Der Rhein-Sieg-Kreis weist im Aufgabenblock 123 den Maximalwert auf. Die Abweichung des RSK vom Mittelwert der großen Kreise beträgt ca. +9 VZÄ. In diesem Aufgabenblock wurde auch das Personal- 2 VZÄ- des Naturschutzprojektes chance 7 abgebildet. Dies führt beim RSK u.a. in diesem AB insgesamt zu einem höheren Personaleinsatz als bei anderen Kreisen. Weitere Gründe sind noch im Detail zu erörtern.